

reichisch-ungarischen Monarchie auch weiterhin unangetastet bleiben wird und der Justizminister Dr. Ritter v. Schauer weder berechtigt noch berufen ist, hinter dem Rücken der österreichischen Gesamtregierung auf eine Aenderung dieses Zustandes hinzuwirken. 3. Ist sich der Herr Ministerpräsident dessen bewußt, daß der Herr Justizminister Dr. v. Schauer durch seine Aeußerung, die Angelegenheit im Verordnungswege zu regeln, wieder bewiesen hat, wie wenig er sich zum Hüter des Rechtes in einem Verfassungsstaate eigne, da es das Rechtsempfinden eines jeden Staatsbürgers auf das tiefste verletzen muß, wenn ein Justizminister öffentlich die Absicht kundgibt, eine Handlung, die bisher selbst nach seiner Ansicht nicht strafbar war, entgegen den Grundprinzipien des modernen Strafrechtes durch eine einfache Verordnung unter Strafe zu stellen.

Die tschechisch-sozialdemokratische Anfrage ist von den Abgeordneten Dr. Witt und Prokeš eingbracht. Sie führt aus: An der Wichtigkeit dieser Aeußerung des Herrn Justizministers kann nicht gezweifelt werden, weil sie bisher nicht dementiert wurde und weil sie den bisher geäußerten Anschauungen des Ministers in betreff der Wahrung der Verfassung vollkommen entspricht. Erwägt man nun, daß es sich hier um die Schaffung von strafbaren Bestimmungen handelt, welche nach dem Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung unter Mitwirkung des Reichsrates, aber niemals in Verordnungswege gesetzliche Kraft erhalten können, so kann man in der Aeußerung des Justizministers nur die Ankündigung eines neuen Verfassungsbruches erblicken, dessen Begehung einen Bruch des von den Mitgliedern der Regierung abgelegten Eides auf die Verfassung zur Folge haben müßte. Die Aeußerung des Herrn Ministers steht auch in krassem Widerspruch zur Thronrede, mit welcher der Kaiser den Böhmern Oesterreichs die Verheißung machte, daß er nur in konstitutioneller Weise, also nur unter Mitwirkung des Reichsrates regieren wolle. Die Aeußerung des Justizministers hat als Ankündigung eines neuen Verfassungsbruches überall die größten Bedenken hervorgerufen. Der Ministerpräsident wird gefragt: Ist dem Ministerpräsidenten die Aeußerung des Justizministers bekannt? Ist der Ministerpräsident geneigt, ehetunlichst dem Hause bekanntzugeben, ob die Regierung die in dieser Aeußerung des Justizministers gelegenen Ansichten teilt, beziehungsweise ob er geneigt ist, im Parlament für die durch diese Aeußerung kundgegebene Mißachtung der Rechte des Abgeordnetenhauses Genugtuung zu schaffen?

Der siebzigste Geburtstag Hindenburgs.

Der Glückwunsch des Grafen Czernin.

Der Minister des Aeußern hat an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg nachstehende Glückwunschsbeisehe gerichtet:

„Zu dem heutigen Tage bitte ich Eure Exzellenz meine herzlichsten Glückwünsche entgegennehmen zu wollen. Mit dem deutschen Volke, das zu Eurer Exzellenz als einem seiner größten Söhne verehrungsvollst ausblickt, begrüßen auch Oesterreich-Ungarns Völker den ruhmgelährten Feldherrn, dessen Name mit der Geschichte dieses gigantischen Ringens für ewige Zeiten unlösbar verbunden ist.“

Die Feier im deutschen Hauptquartier.

Berlin, 2. Oktober.

Das Wolffsche Bureau meldet: Frühmorgens erschien der Kaiser in der Wohnung des Generalfeldmarschalls und sprach ihm als erster seine Glückwünsche aus. Das kaiserliche Gezeichen besteht aus einer Marmorbüste des Obersten Kriegsherrn. Außerdem stellte der Kaiser den Generalfeldmarschall à la suite des Oldenburgischen Infanterieregiments Nr. 91.

Als der Generalfeldmarschall dann zum Dienste ging, säumten die StraÙe von der Wohnung zum Generalstabsgebäude Schulkinder ein, die ihm Herbstblumen auf den Weg streuten, während Flieger Blumen und Lorbeer abwarfen. Hinter den Kindern drängte sich die aus Stadt und Land zusammengeströmte Bevölkerung und bereitete dem Generalfeldmarschall eine jubelnde Huldigung.

Vor dem Generalstabsgebäude empfing General Ludendorff an der Spitze der Generalstabsoffiziere des Großen Hauptquartiers den Generalfeldmarschall, entwarf in kurzen Worten ein Lebensbild des Generalfeldmarschalls als Verkörperung der ruhmreichen Entwicklung des preussischen und deutschen Vaterlandes und brachte im Namen des Generalstabes ein Hurra auf den Generalfeldmarschall aus.

Der Feldmarschall erwiderte mit Dank an seine Mitarbeiter, besonders an seinen verehrten und treuen Ersten Generalquartiermeister. Er schritt darauf die Front der vor dem Generalstabs-

Wart mit den der 2 jubel richte heuti im 9 Huld die d mit der 2 möge steher wir, sie u n d unser jemar Blint alles langj n. ar. s daß i r e i e Baye Deut auf, land Rehl. Seerf Nach Algra des t Absin Riede feldm gefan Sind regier mit 2 aufst zuweh Ste Gotte Das ma n folgen hanti deutv Beze die zu d gla Eures Einw den 9 wpuj. v. S. Räu des ander preu mit

Oesterreichischer Reichsrat.

Die Frage des Budgetprovisoriums und die Parteien.

Wien, 2. Oktober.

Noch ist nicht alle Hoffnung geschwunden. Dieser Eindruck war heute vielfach im Abgeordnetenhaus zu spüren und der Glaube daran ist lebendig, daß trotz allem die jetzigen Schwierigkeiten vielleicht zu überwinden seien und daß eine Krise des gesamten staatlichen Lebens, alles dessen vermieden werden könnte, was nicht der Regierung, sondern dem Staate zu geben ist: der Wehrmacht, die uns beschützt, und dem Volke, das bei den Abgeordneten Hilfe in seinen Lebensnöten sucht. Ob dabei der Grundsatz, den Graf Wienert so treffend als die Politik des „unions“ bezeichnet hat, anwendbar sein wird, ist ungewiß. Die Regierung wird mit den Polen über ihre wirtschaftlichen Beschwerden verhandeln und versuchen, einen Ausweg zu finden.

Der heutige Tag hat zum mindesten bewiesen, daß der Faden noch nicht abgerissen wurde. Am Anfang der Sitzung hielt der Abgeordnete Waldner, der Domann der deutschen Agrarpartei, eine vortreffliche Rede, die deutlich zeigte, wie stark in Oesterreich das Gefühl dafür geworden ist, daß vielfach die auswärtige Politik für unsere inneren Verhältnisse maßgebend geworden ist. Er sagte, Tag für Tag folgen die Stöße, welche den Bestand des Hauses gefährden. Es scheint, daß jene, welche die Zukunft des Volkes aus Feindeshand erhalten wollen, die Zertrümmerung dieses Hauses geradezu beabsichtigen. Allen Parlamentshochlern, die den Paragraphen Bierzehn bekämpfen und jetzt den Reichsrat zerschlagen möchten, rief er zu: Wenn je das Parlament eine Volksnothwendigkeit war, so ist es in dieser furchtbaren Kriegszeit der Fall. Die Bevölkerung erblickt im Reichsrat ihren Schutz und Schirm und nur der Frevelmut kann ihn wieder niederreißen. Der Abgeordnete Waldner schloß mit einem kräftigen Appell gegen den Panславismus, der zertrümmert am Boden liege und über den die Geschichte ein Hochgericht gehalten habe. Auch bei den Friedensverhandlungen muß der Versuch der Feinde, auf unsere inneren Verhältnisse Einfluß zu nehmen, auf das eifrigsten abgewahrt werden. So wie vor einem Jahrhundert der Napoleonismus, so werde auch jetzt der Panславismus vernichtet werden.

Hierauf sprach der Abgeordnete Steinwender, der, wie er selbst mit Recht hervorhob, als einziger Redner das Budget behandelte. Abgeordneter Steinwender sprach darüber, daß Millionen erspart werden könnten, wenn die Wirthertauglichen nicht vielfach dort verwendet würden, wo sie nicht notwendig seien. Er verwies auf

seine Rede mit den Worten, die für die Lage kennzeichnend sind: es ist nichts präjudiziert. Wir schauten der Regierung zu. Wir wollen unsere ernstesten Forderungen gegenüber einer ernstesten Regierung vorbringen. Diese Forderungen sind, wie bereits bekannt, die Ernennung eines Zivilstatthalters, die Bezahlung der Kriegsschulden und die Erfüllung der Beschwerden gegen die Zentralen. Abgeordneter Daszynski greift die Presse an, die in einer Zeit, in welcher das Parlament nicht versammelt war und trotz der Bedrückungen durch die Zensur, für die Wiedereinberufung des Parlaments eingetreten ist. Auch jetzt schügt die Presse das Parlament vor sich selbst, indem sie fortwährend darauf drängt, daß es nützliche Arbeit leiste. Ein Widerstand gegen das Abgeordnetenhaus, wenn es die Kontrolle über die Verwaltung ausübt, ist nicht vorhanden, sicherlich nicht in unserem Blatte, über das auch niemand verfügen kann, schon gar nicht eine Regierung. Die parlamentarische Gesinnung der Presse, welche das provisorische Budget verlangt, ist jedenfalls der Volksvertretung nützlicher, als die Ablehnung des provisorischen Budgets mit den daraus folgenden unvermeidlichen Krisen.

Der Abgeordnete Seidel brachte den Standpunkt der deutschen Agrarier vor und klagte insbesondere über die Großgrundbesitzer, in deren Stall das Vieh noch so gemästet werde wie früher und nur für deren Bedarf und für den ihrer Beamten und Angestellten diene. Dagegen dürfte der Bauer nichts mehr sein Eigentum nennen. Er sei Roboter des Staates geworden. Der Abgeordnete Eugen Lewicki sagte, die russische Invasion habe gezeigt, daß die Ukrainer die einzige Stütze Oesterreichs in Ostgalizien gewesen seien. Er schloß mit der Drohung, daß die Ruthenen, wenn man sie unterdrücke, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden haben werden. Der Abgeordnete Nybär sprach für die Bereinigung aller Südslawen und meinte, es sei nur die Frage, ob das mit oder gegen Oesterreich geschehen werde.

Abgeordnetenhause.

(26. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatt.)
Erste Lesung der Budgetvorlagen.

Abg. Dr. Ravnihar (Slowene) führt im deutschen Teile seiner Rede aus, daß das Verlangen nach einer staatlichen Panславischen Volkswirtschaft entspricht. Heute uns zumuten, daß wir dasselbe tun, was wir im Juni getan haben, daß wir wieder für das Budgetprovisorium stimmen, hiesse so viel, als daß wir die Hand küßten, die die Peitsche hält. Daß wir unser Ziel auf andere Weise, ohne Mitwirkung der Regierung, erreichen werden, davon sind wir fest und unerschütterlich überzeugt. Wir haben deshalb die Erklärung des Ministerpräsidenten mit Ruhe entgegengenommen. Wir haben uns nicht einmal entrüstet, als der Ministerpräsident konform mit dem Nationalverband erklärte, in unseren Erklärungen die Abspiegelung gewisser Ideologien zu erblicken und dieselben mit dem Namen der Entente verquicken zu müssen. Selbst diese schwere Verächtlichkeit hat uns ganz kalt gelassen. Hier wäre ein gangbarer Weg, zum Frieden zu gelangen, wenn man den Böhmern der Monarchie das geben würde, was die Regierung unmittelbar nach Ausbruch der russischen Revolution in ihrem amtlichen Communiqué selbst verheißt. In der Spitze der verfehlten Politik marschieren die österreichischen Regierungen mit der ganzen Macht der deutschen Bureaokratie. Die Südslawen haben die Beschickung des Ministeriums rundweg abgelehnt, weil sie nicht die Kulisse für ein Schauspiel nach außen abgeben wollten. Auch von der Beschickung eines